

Handelskammer pessimistisch:

Geht Luxemburg vor die Hunde?

Gestern stellte die Handelskammer-Führung der Presse ihr Gutachten zum Budget 2026 der CSV-DP-Regierung vor, das, wie könnte es anders sein, schwer kritisiert wird. Seit Jahrzehnten klagt die Handelskammer, das Luxemburger Sozialsystem sei zu großzügig, und mit der Alterung der Gesellschaft käme eine Katastrophe auf uns zu in der Rentenkasse, der Pflegeversicherung und im Gesundheitswesen. Neuerdings soll es sogar ein Nachteil sein, wenn in Luxemburg 10 Prozent mehr sich zwischen 18 und 65 Jahren befinden als in den Nachbarländern, weil die ja auch älter würden.

Die Wirtschaft dreht langsam, Luxemburg ist auch nicht mehr wie früher viel besser als der EU- und Eurozonen-Durchschnitt. Das ist, so die Handelskammer, den geopolitischen Spannungen und der daraus erwachsenden Problemen und Instabilitäten geschuldet. Dann haben wir in Luxemburg und der EU höhere Energiepreise als Asien und Amerika, was die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe ruiniert.

Hinzu kommt eine Überregulierung, die es in Asien und Amerika so nicht gibt. Luxemburg ist zu einem Land der Kontrolleure, Inspektoren und Regulatoren geworden, in der Finanzbranche gibt es in der Zwischenzeit mehr »compliance officers« als Produktverkäufer. Zu hoffen sei, daß die Omnibus-Pakete, über die auf EU-Ebene verhandelt wird, tatsächlich eine wesentliche Vereinfachung bringen, denn auch dies ist ruiniös geworden für die Wettbewerbsfähigkeit. Als ob das mit der CSV-DP-Regierung nicht geändert hätte, beklagt Generaldirektor Thelen, Luxemburg setze oft noch eine Schicht auf EU-Direktiven drauf.

Allerdings haben diese bürokratischen Vorschriften, die doch zu 99 Prozent von der EU-Ebene kommen, was Thelen auf Nachfrage sogar zugibt, ihre Auswirkungen auch bei der Zahl der Staatsbediensteten, deren Zuwachs die Handelskammer ausgiebig beklagt. Mehr bürokratische Vorschriften schaffen eben Arbeitsplätze in der Verwaltung, und zwar nicht nur in den Betrieben, wo

Thelen die finanzielle Belastung daraus sieht, aber auch beim Staat, wo er sie übersieht.

Problematisch ist das für Betriebe wie fürs Staatsbudget, weil es diesen Wildwuchs in der EU, aber nicht außerhalb gibt. Doch der EU ins Schienbein treten will die Handelskammer selbst dann nicht, wenn sie meint, die Betriebe müßten sich bemühen, mehr außerhalb der EU zu exportieren. Das aber wird schwierig angesichts der Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit.

Komisch wird's, wenn einerseits die Höhe der Energiepreise beklagt wird, andererseits aber der Regierung ein nicht selektiver Charakter der Hilfen vorgeworfen wird, wenn sie 270 Millionen 2026 einsetzt, um den Strompreis zu entlasten. Denn es fällt der Handelskammer nicht im Traum ein, die politischen Entscheidungen zu kritisieren, die über die antirussischen Sanktionen und die daraus erwachsende Abnabelung von günstigen russischen Kohlenwasserstoffen und sonstigen Rohstoffen genau zu den teureren Energiepreisen in der EU als im Rest der Welt geführt haben, die diese Politik nicht mitgemacht hat.

Ebenso kritisiert die Handelskammer, daß im Mehrjahresbudget für alle Jahre nur 2 Prozent vom Bruttonationalprodukt als Militärausgaben eingetragen wurden, obwohl die NATO 3,5 Prozent für 2035 verlangt und die Regierung dem zugestimmt hat. Carlo Thelen geht so weit zu bedauern, daß »wir das tun müssen«, aber er denkt nicht im Traum daran, dieses »Muß« in Frage zu stellen. Das werde »malheureusement elo néideg«. Er möchte nur erreichen, daß nicht mehr jeder »Sous« des Rüstungsbudgets ins Ausland geht, sondern es sollte da was für die Luxemburger Wirtschaft abfallen. Deshalb wurde »Lux Defense« ins Leben gerufen, wo bereits 80 Betriebe dabei sind. Armeeministerin Backes hat bei der eben stattgehabten Zusammenkunft auch schon die Frohbotschaft mitgebracht, es sei schon jetzt möglich in Luxemburg Waffen herzustellen.

(Fortsetzung auf Seite 7)

Geht Luxemburg vor die Hunde?

(Fortsetzung von Seite 3)

Lustig ist auch, wenn der Regierung vorgehalten wird, 8 Prozent der Einnahmen des Zentralstaats für 2026 seien nicht nachhaltig, weil das die Akzisen auf Benzin, Diesel, Tabak und CO₂-Steuer sind, denn das ist einerseits durch die von der EU forcierte Elektrifizierung der Mobilität und andererseits durch eine angekündigte Abänderung der Direktive zur Tabaksteuer von 2011 in Gefahr. Obwohl nur mehr 30 Länder, davon 24 aus der EU, in Belém bereit waren, aus Kohle, Gas und Erdöl auszuweichen, kritisiert Carlo Thelen es nicht, wenn in der EU daran festgehalten wird. Denn sonst wären diese Einnahmen ja nicht mehr gefährdet.

Wenn alle sich negativ auswirkenden politischen Entscheidungen aber hinzunehmen sind, wird es natürlich schwierig zu erreichen, daß die Budgetausgaben nicht mehr

schneller wachsen als die Einnahmen. Das war zwar 2024 ausnahmsweise nicht der Fall, wird aber leider nicht so bleiben. Wobei mitgeteilt wurde, und das ist wirklich spannend, daß wir das gute 2024 exakt zwei Betrieben verdanken. Einer hatte 2022 ein sehr gutes Ergebnis und lieferte 2024 die Zunahme von 24 Prozent bei der Betriebsbesteuerung ab, während ein anderer 30 Prozent aus der Steuer auf Kapitaleinkommen beisteuerte, die deshalb um 29,4 Prozent höher ausfiel als 2023.

Weil die Zinsen auf die Staatsschuld steigen von 265 Millionen für 2024 auf 733 Mio. für 2029, selbst wenn die stabil bei 27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bleiben, muß geschaut werden, das Budgetdefizit zu verringern, was für die Handelskammer nur mit weniger und schlechter bezahlten Beamten und weniger Sozialausgaben geht.